

Pressemitteilung

„Etappenziel erreicht – wir machen mit voller Energie weiter!“

Bündnis bekräftigt auf der ersten Jahreshauptversammlung seine Entschlossenheit, das KMW-Kohlekraftwerksprojekt juristisch endgültig zu verhindern.

Mainz / Wiesbaden, 07.03.2010: Am 03.03.2010 versammelten sich über 50 Mitglieder des Bündnisses Mainz Wiesbaden e.V., darunter viele Vertreter von Vereinen, Verbänden, Initiativen und Institutionen, zur ersten regulären Jahreshauptversammlung des eingetragenen Vereins im Mainz-Mombacher Lokal „Zur Turnhalle“ in Sichtweite des KMW-Standortes.

Am Ort der Bündnisgründung konnte der Vorstand den Anwesenden eine überaus erfolgreiche Bilanz der vergangenen 15 Monate vorlegen: „Wir sind unserem Vereinsziel, nämlich der Sicherung einer kohlekraftwerksfreien, schadstoffärmeren, lebenswerten und zukunftsfähigen Region, ein gutes Stück näher gekommen!“ fasste Marc Legg, erster Vorsitzender des Vereins, die Jahresbilanz zusammen. Vorstands-Beisitzer und Rechtsanwalt Carl Christian Müller ergänzte: „Dank der von uns koordinierten Klagen hat die KMW in diesem Jahr ihr bereits sicher geglaubtes vorläufiges Baurecht bis auf weiteres eingebüßt. Aber erst dann, wenn die Unhaltbarkeit der immer noch nicht zurückgenommenen Teilbaugenehmigungen vor Gericht erwiesen ist, können die Bürgerinnen und Bürger wirklich sicher sein, dass das „auf Eis gelegte“ Projekt nie mehr aufgetaut werden kann. Deshalb ist das Bündnis auch - als bisher einzige Gruppierung - in das Hauptverfahren vor dem OVG Koblenz eingetreten. Dank der finanziellen wie ideellen Unterstützung der beiden Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden, der Städte Eltville, Walluf und des Rheingau-Taunuskreises sowie unserer über 750 privaten wie institutionellen Mitgliedern sind wir für diese erste und, falls nötig, auch die nächste Instanz gerüstet.“

Selbst wenn das Kohlekraftwerk, wie zu hoffen ist, bald endgültig beerdigt sein sollte, sieht das Bündnis seine Aufgabe nicht als beendet. Meinrad v. Engelberg, 2. Vorsitzender, fasst die Beratungen so zusammen: „Unser Satzungsziel ist eine gesunde, zukunftsfähige Region. Alternative Kraftwerksarten, wie z.B. die Restholz-, Müll- oder Klärschlammverbrennung, sind zwar ökologisch unbedenklicher, bedürfen aber bereits in der Projektphase einer sinnvollen regionalen Koordinierung und einer kritischen Begleitung, denn auch diese Formen der Energieerzeugung sind mit Emissionen verbunden, die vor dem Hintergrund der bereits hohen Gesamtbelastung nicht einfach ignoriert werden können. Das Ziel ist und bleibt eine weitestgehend schadstofffreie Energieerzeugung.“

Das Bündnis wird sich daher auch im zweiten Jahr seiner Tätigkeit als regionale Plattform aller an diesem Thema interessierten Akteure aus Politik, kommunaler Verwaltung und Bürgergesellschaft in die Diskussion einbringen.